

Paul-Henri Spaak, Integration oder Abstieg

Legende: Im April 1955 veröffentlicht der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak in der Zeitschrift *Écrits de Paris* einen Artikel, in dem er die Wiederbelebung der europäischen Zusammenarbeit als Voraussetzung für Frieden und Wohlstand in Westeuropa bezeichnet.

Quelle: SMETS, Paul-F. (sous la dir.). *La pensée européenne et atlantique de Paul-Henri Spaak (1942-1972)*. Volume 1. Bruxelles: Goemaere, 1980. 1256 p. p. 427-431.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/paul_henri_spaak_integration_oder_abstieg-de-d6ffb63-7635-42a6-a71e-d74b3976218e.html



Publication date: 05/07/2016

Im April 1955 veröffentlicht Paul-Henri Spaak zwei Artikel: einen in der Zeitschrift *Écrits de Paris* unter dem Titel „Integration oder Abstieg“, den anderen in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* unter dem Titel „The Atom Bomb and NATO“.

In dem ersten Beitrag plädiert der belgische Außenminister für die europäische Integration als Bedingung für Freiheit und Wohlstand.

Integration oder Abstieg

Ich habe nicht die Absicht, mit Bitterkeit und Bedauern auf die dramatischen Umstände der Brüsseler Konferenz und das Scheitern der EVG zurückkommen. Ich möchte nur noch einmal das Ausmaß der Zugeständnisse betonen und ins Gedächtnis rufen, die Frankreich von seinen Partnern erhalten hat: In den meisten von Pierre Mendès France in Brüssel angesprochenen Punkten hatten die Fünf akzeptiert, die französischen Desiderata zu berücksichtigen – Dezentralisierung des Kommissariats, Modifizierung der Klagearten vor dem Gerichtshof, eine Übergangsfrist von zwei Jahren zur Integration der nationalen Armeen. Aber unser Wunsch nach Verständigung und Versöhnung konnte uns nicht dazu bringen, das Wesentliche zu opfern, das heißt, auf jegliche Form der „Supranationalität“ zu verzichten und so die Verpflichtung aufgeben, die wir wenige Monate zuvor eingegangen waren. Damals, am 4. Mai 1954 hatten wir uns auf Forderung Frankreichs hin verpflichtet, möglichst bald gemeinsame politische Institutionen gemäß Artikel 38 des Vertrags einzurichten und eine direkt gewählte Versammlung zu schaffen. Es ist keine Polemik, wenn man die historische Wahrheit ins Gedächtnis ruft und ausspricht, dass die Ablehnung durch das französische Parlament dem Aufbau Europas einen harten Schlag versetzt und die anderen Länder in eine schwierige Lage gebracht hat.

Denn diese viel kritisierte und viel gefürchtete EVG war nichts Anderes als die Anwendung eines allgemein anerkannten und gültigen Prinzips, das besagt, dass in jeder Gesellschaft und jeder Gemeinschaft die Beschränkung der Unabhängigkeit aller jedem Vorteile bringt. Was für die Menschen gilt, gilt ebenso für die Staaten. Was haben die sechs Mitgliedstaaten im Grunde aufgegeben? Sie haben ihre Rechte und ihre Souveränität zusammengelegt. Sie verloren zwar einen Teil ihrer Freiheit, behielten aber gleichzeitig die Kontrolle übereinander. Je mehr das individuelle Eigentum beschränkt wird, desto größer wird das kollektive Eigentum.

Die Nachteile klassischer Militärbündnisse und der Unfriede, der die Alliierten früher oder später entzweit, sind hinreichend bekannt. Es herrscht ständige und endgültige Rivalität zwischen ihnen, anstatt dass die Integration ein flexibles und verbesserungsfähiges System schafft. Eine Koalition entwickelt sich nicht, es sei denn in Richtung Zerfall; bei der Integration werden die Mechanismen korrigiert und verbessert. Während eine Koalition sich abnutzt, bis sie auseinanderfällt, ist eine Gemeinschaft ständig im Bau begriffen.

Aber die Vergangenheit ist vergangen, es sei nur daran erinnert, dass die EVG nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer umfassenderen Gemeinschaft war – erzwungen durch die Umstände, durch eine nie gekannte militärische Bedrohung – und dass unser Ziel das wirtschaftliche und politische Europa ist. Die Ratifizierung der Abkommen von London und Paris durch das französische Parlament, ungeachtet der Schwierigkeiten und angesichts der zahlreichen Enthaltungen „europäischer“ Abgeordnete, denen die Abkommen nicht weit genug gehen, zeigen, dass es in Frankreich wie in den anderen Ländern des freien Europas eine Mehrheit für den Beginn der Integration gibt. Diese Abkommen sind zwar ein Rückschritt im Vergleich zur EVG, wenigstens bestätigen sie aber in ihrer Präambel, dass die Integration fortgeführt werden muss. Der europäische Gedanke hat zwar eine Niederlage erlitten, er ist aber nicht gestorben, und wir alle wissen nun, dass Frankreich ihn nicht aufgeben wird. Vielleicht sind wir auch nur, um ein Sprichwort zu gebrauchen, das für sich allein spricht, „einen Schritt zurück gegangen, um einen größeren Sprung tun zu können“. Da diese Sorge nun überwunden ist, sollten wir uns freuen und uns wieder mit Europa beschäftigen.

Für diesen neuen Anlauf haben wir zwei Ausgangspunkte: erstens die *Westeuropäische Union*, die soeben mit den Pariser Verträgen gegründet wurde. Zwar rufen diese Verträge keine gemeinsame Armee ins Leben, werden jedoch eine europäische Lösung sowohl für die Saarfrage als auch das Problem der

Rüstungskontrolle ermöglichen. Der zweite Ausgangspunkt ist die EGKS, die vor allem das große Verdienst hat, seit mehreren Jahren zu existieren, zu überleben und zu agieren; Großbritannien hat gerade ein erstes vorsichtiges Assoziierungsabkommen mit ihr abgeschlossen. Die EGKS wäre jedoch an sich nur ein flüchtiges und begrenztes Unterfangen, wenn sie nicht als Ausgangsbasis für weitere Zusammenschlüsse dienen würde, wie beispielsweise im Verkehrswesen, beim Erdöl, bei der Atomenergie oder der Stromversorgung. Durch diese Erweiterungen, die Ausweitung ihres Zuständigkeitsbereiches und die Stärkung ihrer Entscheidungsbefugnisse wird die europäische Gemeinschaft in der Lage sein, Aufgaben zu übernehmen, die nur sie allein bewältigen kann.

Dass neue gemeinsame Märkte nicht ohne Spannungen und ohne Opfer geschaffen werden können, wissen wir nur zu gut. Dass bei der Zusammenführung der einzelstaatlichen Wirtschaftssysteme monetäre Schwierigkeiten auftreten können, bestreiten wir nicht. Aber schließlich ist bisher jedes Land schon von Erschütterungen dieser Art erfasst worden! Der Zusammenschluss in einer organisierten Gruppe macht es zumindest möglich, gemeinsame Maßnahmen zu treffen, die die Werte, die „Normalen“ aller Mitgliedstaaten wieder auszugleichen. So kann die Gemeinschaft die Funktion des Stoßdämpfers übernehmen, während man auf bessere Zeiten wartet.

Genau wie der Philosoph in der Antike den Beweis der Bewegung durch das Laufen erbrachte, werden wir die Bürger Europas durch die möglichst große Ausweitung des Aktionsradius der EGKS davon überzeugen, dass sich unser alter Kontinent auf dem Weg der Vereinigung befindet. Das Schulkonzept der geographischen Einheit werden sie nach und nach durch eine lebendige Realität ersetzen. Sie werden fühlen, sie werden verstehen, dass die europäische Integration die Sammlung aller politischen, geistigen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte aller Länder bedeutet, die Europa ausmachen; sie werden verstehen, dass angesichts der entsetzlichen Gefahren, die ihnen lauern, das Ende dieser Integration den Beginn des Abstiegs bedeuten würde.

Es gibt zwei Länder auf der Welt, deren Wirtschaft sich in voller Expansion befindet und die eine überraschende Vitalität, Jugend und Robustheit an den Tag legen: die USA und die UdSSR. Diese beiden Länder teilen weder die Philosophie der Existenz noch politische Ideale noch haben sie ähnliche Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Bei den wesentlichen Fragen des Regierens, der Methoden der Regierung und des menschlichen Schicksals stehen sie sich mit wachsender Gewalt gegenüber. Zwar wächst ihre jeweilige Wirtschaft trotz der tiefen Gegensätze; aber nur, weil beide Völker einen riesigen Markt zur Verfügung haben, mit dem sich kein Markt eines europäischen Landes vergleichen kann. Wenn nun aber die europäischen Länder bereit wären, sich zu einen, sich zusammenzuschließen statt sich gegeneinander auszuspielen, wenn sie untereinander einen gemeinsamen Markt gründeten, der nicht mehr einzig und allein ein Kohle- und Stahlmarkt wäre, dann könnten sie eine vergleichbare Machtposition erreichen. Unsere Produktionsketten würden unsere Herstellungskosten spürbar senken; unsere Unternehmen fänden genauso große Absatzmärkte wie die russischen und amerikanischen Unternehmen. Die allgemeine Volkswirtschaft würde dadurch verbessert werden, und wir könnten den Lebensstandard aller erhöhen.

Europa bedeutet nicht Kanonen, Panzer und Atomwaffen, auch wenn unsere gemeinsame Aufrüstung angesichts der Gefahren, die uns bedrohen, notwendig ist. Europa bedeutet nicht eine verbissene Verteidigung, unüberwindbare Grenzen, Millionen von Bajonetten und geballten Fäusten. Europa muss Freiheit sein, weil es auch Wohlstand sein muss. Das ist das Ende der Kriege zwischen Nationen. Das ist die Möglichkeit für jeden, in Harmonie zu leben.

Aber wir müssen vorsichtig sein: Wenn unser Kontinent zu lange für seine Einigung braucht, wenn unsere alten Animositäten und Grenzstreitigkeiten Oberhand gewinnen, wenn wir in den Bemühungen um die Einheit nachlassen, würden wir durch unser eigenes Verschulden in einen unwiderruflichen Abstieg geraten und könnten nur noch bittere Tränen um eine einstmals große Zivilisation weinen, die wir nicht retten wollten, als noch Zeit dafür war.